

Zum Artikel „Tauziehen um Bundesgelder“ vom 19. Januar

## In Kinder und Bilder investieren

Manche Meldungen können wahrlich nur heftiges Kopfschütteln auslösen. Da lese ich am Montag interessiert den Artikel über die Ausstellung „Klimaschutz – global denken, lokal handeln“ und die Darstellung der Folgen unseres CO<sub>2</sub>-Verbrauchs. Landrat Reumann kritisiert zu Recht die derzeitige Politik mit den Worten: „Vor kurzem sei die Notwendigkeit des Klimaschutzes von den Politikern lautstark propagiert worden. Jetzt aber drohe das Thema im Sog der aktuellen Finanzkrise im Altpapier zu verschwinden“. Und an anderer Stelle im Artikel „Tauziehen um Bundesgelder“ muss ich lesen, dass Finanzminister Willi Stächele (CDU) deutlich mehr Geld als geplant aus dem zweiten Konjunkturprogramm für den Straßenbau verwenden möchte und gespart werden könnte beispielsweise bei der Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen. Diese Aussage ist fast schon unerträglich.

Das zweite Konjunkturprogramm der großen Koalition ist an für sich schon richtungslos, unsozial und klimaschädlich. Wenn schon neue Schulden in dieser Größenordnung gemacht werden, dann aber bitte für wirksame Investitionen, von denen auch künftige Generationen profitieren. Die Koalition jedoch bedient überwiegend die Interessen von Großindustrie, Banken und Gutverdienenden. Notwendig wären jedoch eine starke Entlastung von Geringverdienenden sowie die Anhebung des Arbeitslosengelds II für Erwerbslose, um endlich wieder soziale Gerechtigkeit herzustellen und gleichzeitig die Binnennachfrage anzukurbeln.

Zudem ist der Klimawandel Fakt. Unerlässlich sind Investitionen in den Klimaschutz, denn diese sind Konjunkturmotor und schaffen neue Arbeitsplätze. Das geplante Konjunkturprogramm hingegen enthält eine Abwrackprämie für Altfahrzeuge als „Umweltprämie“ ohne Vorgaben für CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Kauf von Neuwagen. Es fehlt damit eine umweltpolitische Lenkungswirkung. Modernisierungsimpulse für die Automobilindustrie werden nicht gesetzt.

Lobenswert im Konjunkturprogramm hingegen sind die Investitionen in die Bildung und Kinderbetreuung – und hier kommt CDU-Mann Willi Stächele wieder ins Spiel. Gerade diese geplanten Gelder für den Bildungsbereich will er nun auch noch für den Straßenbau verwenden. Das ist fatal, denn die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes entscheidet sich insbesondere bei den Themen Kinder und Bildung und nicht durch den Straßenbau. Wenn schon diese immensen neuen Schulden die politischen Gestaltungsräume in der Zukunft beängstigend einengen, dann sollte dieses Geld zumindest zukunftsfähig eingesetzt werden - nämlich zur Entlastung der Kommunen und als Investitionen in unsere Kinder und in die Bildung.

Beate Müller-Gemmeke  
Landes- und Kreisvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN